

Wladimir Fischer

Vom ‚Gastarbeiter‘ zum ‚Ausländer‘

Die Entstehung und Entwicklung des Diskurses über ArbeitsmigrantInnen in Österreich

Dieser Aufsatz wartet mit einigen wahrscheinlich unerwarteten Thesen¹ auf:

- Der rassistische Diskurs in den österreichischen Medien, wie wir ihn heute kennen, hat sich nicht schon von Anbeginn der Arbeitsmigration nach Österreich in den 1960er und 70er Jahren entwickelt. Er ist ein Produkt der 80er Jahre.
- In den 1960er und 1970er Jahren herrschte ein paternalistischer Diskurs vor. Doch die berühmte Kolaric-Kampagne ist nicht etwa als Antwort auf diesen zu sehen, sondern als Teil dessen.
- Der neo-rassistische Diskurs in Österreich wurde nicht etwa von der *Kronen-Zeitung* oder der FPÖ nahestehenden Medien begründet, sondern im Wiener Wahlkampf 1973.

Der Aufsatz beschreibt die Entwicklung des Diskurses über MigrantInnen, speziell über ArbeitsmigrantInnen aus Südosteuropa in Österreich vom Beginn der Anwerbung von ‚Fremdarbeitern‘ in den 1960er Jahren bis heute. Hierbei liegt der Schwerpunkt in den frühen 1970er Jahren. Ich präsentiere nicht Ergebnisse eines ausgedehnten langfristigen Forschungsprojekts mit Anspruch auf volle wissenschaftliche Gültigkeit, sondern die Ergebnisse von Stichproben und Vorerhebungen.²

Das Werden des Dispositivs (siehe weiter unten zu diesem Begriff) ‚ArbeitsmigrantInnen‘ in Österreich kann in zwei großen Phasen untersucht werden, in den 1960er und 1970er Jahren und in den 1980er und 1990er Jahren. Die dritte Phase dauert noch an. In den beiden ersten Phasen ist es jeweils in deren Mitte zu einem Bündel an diskursiven Ereignissen (s. u.) gekommen, die für diese Diskurse prägend waren. In jeder Phase finden sich Spuren aus vorhergehenden Diskursen, aber auch Vorgriffe auf spätere.

Der zeitgeschichtliche Kontext

Vielleicht ist es nicht unangebracht, sich den zeitgeschichtlichen Kontext vor allem der ersten Phase in Erinnerung zu rufen. Nicht nur Schlaghosen und Koteletten charakterisierten die 70er. Die Formen der Autos in den Straßenszenen wirken heute ebenso vorsintflutlich wie die Gesetze, die gerade erst abgeschafft wurden. Österreich erlebte in den 70ern späte Reformen, so wurde etwa die Vormundschaft des Ehemannes über die Frau abgeschafft. Es war eine Zeit, als gemeldet werden konnte, die Haare der Männer würden nun wieder „kürzer“, die Omas könnten sich „freuen“.³ Eine ‚Kulturrevolution‘ lässt sich besonders in den Bildern der Massenpresse dokumentieren. Stilistisch kontrastieren gerade die Boulevardpresseerzeugnisse der 60er mit jenen der 70er: es gab eine regelrechte Infla-

Wladimir Fischer, Mag. phil. Dr. phil., Historiker und Südslavist, Wien.

¹ Einige dieser Thesen hat bereits *Ljubomir Bratić* vorweggenommen in seinem Aufsatz *Ljubomir Bratić: Diskurs und Ideologie des Rassismus im österreichischen Staat*. In: *Kurswechsel* 17 H. 2 (2003), S. 37-48.

² Aus diesen Ergebnissen lassen sich Thesen ableiten, die zwar schon durch einiges Material und Analysen mit Schwerpunkt auf den frühen 1970er Jahren (und im Abgleich mit Literatur über die 1980er und 1990er Jahre) abgestützt sind, die aber einer systematischen Überprüfung über den gesamten Zeitraum hinweg bedürfen.

³ Die Haare werden kürzer. In: *Kronen-Zeitung* (4. Jänner 1972), S. 4.

tion der Busenbilder in *Krone* und *Kurier*. „Arbeitskräfte bleiben weiter Mangelware“ titelte die *Krone* Anfang 1972.⁴ Es war international die Zeit von Hochkonjunktur, weltweiter Systemkonkurrenz, kaltem Krieg und der postkolonialen Kriege (Algerien, Vietnam, Nordirland). In den frühen 1970er Jahren wurde das Weltwährungssystem umgekrempelt, mit Folgen, die bis in die gegenwärtige Finanzkrise hineinwirken. Anfang und Ende der 70er Jahre erschütterten so genannte Ölkrise die Weltwirtschaft.

Mitte der Sechzigerjahre wurden die ersten ‚Fremdarbeiter‘ über Staatsverträge vor allem mit Jugoslawien und der Türkei nach Österreich geholt, um die Lücken am Arbeitsmarkt auszufüllen. Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer schlossen 1962 einen historischen Kompromiss, das Raab-Olah-Abkommen: der ÖGB erreichte die Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft im Tausch gegen das Einverständnis zur erweiterten Ausländerbeschäftigung.⁵ Geplant war, nach dem so genannten Rotationsprinzip die südosteuropäischen Arbeiter nur saisonal anzustellen und auf jeden Fall wieder zurückzuschicken. Die meisten dieser MigrantInnen waren aus Jugoslawien, und zunächst mehr Männer als Frauen. Ende der 1960er Jahre stellte sich heraus, dass die ‚Gastarbeiter‘ entgegen dem Plan vielfach nicht mehr nach Hause zurückkehrten. Als Ende 1972 die Ölkrise einsetzte und die Gewerkschaften mit Blick auf ihre Klientel Druck auf die Wirtschaftskammer machten, wurde versucht, die ‚Gäste‘ wieder zurückzuschicken. Die meisten sind geblieben, und bis in die 1980er Jahre blieb ihre Zahl relativ konstant.⁶

Das änderte sich mit dem Krieg in Jugoslawien und dem Zusammenbruch der Sozialismen schlagartig. Die neuen MigrantInnen seit den 80ern sehen anders aus als die klassischen ‚Gastarbeiter‘. Der Anteil urbaner MigrantInnen ist höher und die Entwicklung von Verkehr und Medien hat Menschen aus weiter entfernten Gebieten nach Österreich gebracht, etwa aus Westafrika und Afghanistan. Gleichzeitig ist es nicht mehr so, dass die ArbeitsmigrantInnen den ‚inländischen‘ Arbeitern zu besseren sozialen Aufstiegschancen verhelfen, wie noch in den 60 und 70er Jahren. Der Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte Ende der 80er in tendenziell prekären Bereichen verzögerte nur mehr die Verschlechterung der Bedingungen für die ‚Einheimischen‘, statt sie zu verbessern.⁷ Inzwischen scheint die Kontrolle der Arbeitsmigration illusionär geworden zu sein. Dennoch oder gerade deswegen wird im hegemonialen Diskurs darauf beharrt.

Begriffe

‚Diskurs‘ ist nicht einfach die Summe all’ dessen, was geäußert wird. Diskurs ist die Aktualisierung von bestimmten Formationen, die regeln, was wo und wann geäußert werden kann. Solch eine Formation kann etwa eine akademische Disziplin sein, oder Genres im Film, aber auch Rubriken in der Presse, wie Politik, Feuilleton, Wirtschaft. Im konkreten Fall kann es auch zu Regelüberschreitungen kommen. ‚Stilbrüche‘ sind in der Postmoderne nicht nur zu bewussten Strategien in Bildender Kunst, Popmusik und Design geworden, sondern auch in der Politik. Ein ‚Dispositiv‘ ist die Verbindung ganz verschiedener, auch nichtdiskursiver, Komplexe, etwa eines bestimmten Diskurses, bspw. jenem über Arbeits-

⁴ Arbeitskräfte bleiben weiter Mangelware. In: *Kronen-Zeitung* (18. Jänner 1972), S. 4.

⁵ *Eveline Wollner*: Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive. In: *Grundrisse* 7 (2003), S. 30-39.

⁶ *Eva Kreisky*: Vom bürokratischen Nutzen ständiger Unsicherheit – Arbeitsmigranten zwischen Anwerbung und Abschiebung. In: *Hannes Wimmer* (Hg.): *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*. Frankfurt am Main-New York 1986, S. 381-432.

⁷ *Wollner*: Ausländer/innenbeschäftigungspolitik (wie Anm. 5).

migrantInnen, mit den obrigkeitlichen Kontrollinstrumenten wie z. B. dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, aber auch mit architektonische Maßnahmen u. v. a. m.⁸

Bei der Analyse von Diskursen spielt immer wieder auch das eine Rolle, was verschiedene Diskurse verbindet, also jene Bilder und Elemente, die unabhängig von Formation und Thema immer wieder auftauchen. Dieses als ‚Interdiskurs‘ bezeichnete Fluidum ist für sich aussagelos, aber in der konkreten Aktualisierung sehr mächtig, weil es den jeweiligen Diskursteilnehmer mit der Macht der *Normalität* ausstattet.⁹ Durch Normalität und Interdiskurs kann jener nach Antonio Gramsci als ‚Hegemonie‘ bezeichnete Zustand mit diskursiven Mitteln aufrecht erhalten werden, der darin besteht, dass die Beherrschten zu ihrer Beherrschung ihre Zustimmung erteilen, bzw. „ein Typus von Herrschaft [...], der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen“.¹⁰ Wesentlich zur Beschreibung eines hegemonialen Diskurses ist es also, zu untersuchen, welche interdiskursiven Elemente über Medien, Rubriken, Ausgaben, Reporter und einzelne Medienprodukte hinweg im Umlauf waren.

Die 1960er und 1970er Jahre: Fremdarbeiter, Gastarbeiter, Kolaric

Die Sechziger- und Siebzigerjahre waren die Zeit, in der sich das diskursive Dispositiv zur Kontrolle der ArbeitsmigrantInnen anfänglich entwickelte. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet vom Übergang zwischen zwei diskursiven Trends, vom paternalistischen Utilitarismus zum ‚Kolaric-Konsens‘. Diese diskursiven Komplexe verliefen in ihrer intensivsten Phase, um 1973, vielfach parallel, gingen ineinander über und erzeugten diverse Abgrenzungen. ‚Fremde‘ waren in den 60er und 70ern noch kein beherrschendes Thema. Das waren eher Wirtschafts- und internationale Politikgefahren, also Kalter Krieg, Kommunismus, postkoloniale Revolutionen, in den 70ern dann ‚Terror‘. Der rassistische Diskurs über Menschen in Österreich setzt erst (wieder) in den 1980er Jahren ein. Um 1970 entstanden aber die ersten Ansätze dazu.

Der anfängliche Diskurs war geprägt von einem wohlwollend-paternalistischen Ton gegenüber den Gastarbeitern gewesen. Dieser gütlich-herablassende Ansatz stand in klarem Zusammenhang mit den Interessen der österreichischen Wirtschaft an den billigen und disponiblen Arbeitskräften aus Südosteuropa. Von einem negativen Potenzial der Arbeitsmigration ist nicht die Rede. Stattdessen bemühte man sich im Gegenteil Behauptungen zu entkräften, „daß das Niveau der österreichischen Löhne über zu geringe Anziehungskraft für ausländische Arbeiter verfügt“.¹¹ Die Bedrohung in diesem Szenario ist im Gegensatz zu später ein *Mangel* an Fremdarbeitern. Im Vordergrund dieses Diskurses steht der Nutzen der industriellen Ersatzarmeen aus den Schwellenländern für die hochkonjunkturelle österreichische Wirtschaft.¹²

⁸ *Michel Foucault*: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin 1978; *Gilles Deleuze*: Was ist ein Dispositiv? In: *François Ewald/Bernhard Waldenfels* (Hg.): Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken. Frankfurt am Main 1991, S. 153-162.

⁹ Vgl. *Jürgen Link/Rolf Parr*: Semiotik und Interdiskursanalyse. In: *Klaus Michael Bogdal* (Hg.): Neue Literaturtheorien. Eine Einführung. Göttingen 2005, S. 108-133. *Jürgen Link*: Noch einmal: Diskurs. Interdiskurs. Macht. In: *kultuRRRevolution* 11 (1986), S. 4-7.

¹⁰ *Antonio Gramsci*: Gefängnishefte. Hamburg 1991, S. 51. Als Gegenprobe, also dazu, was die Abwesenheit von Hegemonie ist, siehe *Ranjit Guha*: Dominance without hegemony: history and power in colonial India. Cambridge, MA; London 1997.

¹¹ In Österreich arbeiten 40.000 ausländische Arbeiter. Ein Viertel der Fremdarbeiter aus der Bundesrepublik. In: *Neues Österreich* (1. November 1963), S. 8.

¹² *Ebenda* und: Fremdarbeiter in Österreich. 15.000 Beschäftigungsgenehmigungen im Rahmen der Kontingentenvereinbarungen. In: *Wiener Zeitung* (14. Jänner 1964), S. 3.



Eine visuelle Repräsentation der Arbeitsmigranten von 1971, aus dem paternalistisch-utilitaristischen Diskurs: diese nützlichen „Gastarbeiter“ werden gebraucht! Quelle: Peter Stiegnitz: Die Gastarbeiter in der Wiener Wirtschaft. Der nützliche Gast (2). In: Amtsblatt der Stadt Wien 76 H. 15 (10. April 1971), S. 11.

Was in den ersten Jahren auffällt ist, wie wenig die Anwesenheit der ‚Fremdarbeiter‘, wie sie damals noch bezeichnet wurden, überhaupt thematisiert wurde. Dies deutet darauf hin, dass in der Diskursproduktion die ‚Sorgen der Bevölkerung‘, die später so eine große Rolle spielen sollten, noch keine spielten. Offensichtlich wurde angenommen, dass der ‚Nutzen‘ der saisonalen Arbeitskräfte als so evident angesehen wurde, dass er nicht auf aufwändige Weise erklärt werden musste.

Was aber ebenfalls deutlich wird, ist dass die potenzielle Bedrohung durch schlecht ausgebildete Fremde bereits mitgedacht wurde. Darauf verweist die Sorgfalt, die schon in frühen Jahren darauf verwandt wurde, die für wenige Monate angeworbenen ArbeiterInnen als unproblematisch darzustellen. Dies geschah, indem sie als brav, einfach und tüchtig beschrieben wurden. Diese diskursive Modellierung des Fremdarbeiters war dazu geschaffen, die Arbeitsmigration so zu charakterisieren, wie man sie sich wünschte: kontrollierbar und effektiv. Dieses Motiv zog sich bis in die Siebzigerjahre hinein.

Die Modellierung des braven Arbeitsmannes aus südlichen Ländern enthält zahlreiche Verweise auf sozialromantische Vorstellungen vom ländlichen Leben aus dem 19. Jahrhundert, aber auch auf bürgerliche Werte wie Fleiß und Sauberkeit. Ein bürgerlicher Wert wird aber sozusagen ‚umgelenkt‘: das Streben nach ‚Verbesserung‘. Denn sozialer Aufstieg und das Erreichen kultureller und ökonomischer Ziele sollten die Fremden nicht in Österreich absolvieren, sondern ‚daheim‘, wohin sie nach dem ursprünglichen Plan ja regelmäßig und endgültig allesamt zurückkehren sollten.

Die ersten Risse erhielt dieses Bild just in der Wende zu den Siebzigerjahren, einer Zeit, in der weltweit viele Gewissheiten in Frage gestellt wurden – von der Stellung des Mannes

in der Familie bis zur Macht der Weißen in den Kolonien. Die Konzentrierung von Fremden in öffentlichen Räumen der Stadt Wien wurde als erstes zum Thema gemacht, wahrscheinlich weil die Anwesenheit von Arbeitsmigranten hier am sichtbarsten wurde. Es ging um den Südbahnhof, der als Anlaufpunkt von mit dem Zug kommenden MigrantInnen auch zum Kommunikationszentrum geworden war. 1970 sprach der *Kurier* von einer ‚Belagerung‘ durch „hunderte Gastarbeiter“.¹³ Der sozialreportagehafte Bericht von Josef Kallinger war aber alles andere als eine Skandalisierung des Themas:

‚Über 1000 sind es manchmal‘, berichtet der Bahnhofsvorstand. Aber sonst? Was machen sie schon, die ‚Tschuschen‘? ‚Sie trinken Bier, diskutieren, lassen sich von schreibkundigen Kollegen Briefe schreiben‘, erzählt der Wirt der Stehbierhalle dem KURIER.¹⁴

Mit diesem Thema in Zusammenhang stand die Vision von Slumbildungen nach dem Vorbild nordamerikanischer Großstädte nach der Migration verarmter afroamerikanischer Landarbeiter von 1916 bis 1930 aus dem Süden in den Norden (the Great Migration):

Der Wiener Südbahnhof soll nicht, wie einige Großbahnhöfe in Deutschland, zum Basar werden. Daher ist es geboten, den vorwiegend türkischen und jugoslawischen Gastarbeitern neue Rendezvousplätze und ein echtes Kommunikationszentrum anzubieten.¹⁵

Auffällig ist aber, dass der Gastarbeiterdiskurs vor 1973 mit Berichten begonnen hatte, die sich stark mit der Ablehnung der Österreicher gegenüber den ausländischen Arbeitskräften beschäftigten, und nicht so sehr mit Problemen, welche die Arbeitsmigration mit sich brachte. Damals wurde die Ausländerfeindlichkeit von den Medien entdeckt, auch wenn sie noch nicht so bezeichnet wurde.¹⁶ Auch die *Kronen-Zeitung* veröffentlichte Artikel, in denen Argumente dagegen gefunden und nach Ursachen für die Ressentiments gesucht wurde.¹⁷ Dieses Nachdenken über die Ablehnung gegenüber den billigen Arbeitskräften hing wohl damit zusammen, dass die Eliten befürchteten, der ‚Mann von der Straße‘ könne durch seine kurzsichtigen Ressentiments einen Strich durch die Rechnung der Wirtschaftspolitik machen und die Konjunktur gefährden (siehe zu diesem Thema auch weiter unten die Ausführungen über den Beginn des ‚Kolaric-Konsenses‘).

Die genaue Anzahl der Fremden und ihre Veränderung wurden nun argwöhnisch beobachtet. 1969 seien „mehr Fremdarbeiter als je zuvor“ in Österreich gewesen, „vor allem die Zahl der jugoslawischen und türkischen Gastarbeiter“ sei „erheblich“ gestiegen, meldete die *Wiener Zeitung* im Jänner 1970.¹⁸ Die illegale Migration wurde nun zunehmend skandalisiert. Noch 1970 hatte die *Kurier*-Sozialreportage über den Südbahnhof das Thema nüchtern als eine Strategie von ausländischen Schwarzarbeitern dargestellt, die natürlich von der Fremdenpolizei gesucht werden, aber es gab kein generelles Argument gegen ‚Illegale‘, wie es heute der Fall ist. Vielmehr erschien es 1970 noch nötig, andere Stützargumente, wie etwa sanitäre Fragen zu Hilfe zu nehmen. Der Begriff ‚Schwarzarbeit‘ rückte das Phänomen in die Nähe dessen, was im allgemeinen Diskurs auch als ‚Kavaliersdelikt‘ oder ‚Volkssport‘ bezeichnet wird, etwas, das ‚wir‘ alle tun oder nutzen. Dies änderte sich in den ersten drei Jahren der 70er (mehr dazu weiter unten).

¹³ *Günther Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter belagern den Südbahnhof. Den Wienern ein Dorn im Aug'. In: *Kurier* (12. September 1970), S. 17.

¹⁴ *Ebenda*.

¹⁵ Beim Südbahnhof: Eigenes Viertel für Gastarbeiter. In: *Kurier* (17. August 1971), S. 6.

¹⁶ Konferenz über Problem der Gastarbeiter abgeschlossen. In: *Rathaus-Korrespondenz* (18. November 1971), S. 3.278; Nicht viel Haß und keine Liebe. In: *Arbeiter-Zeitung* (18. Dezember 1971), S. 1; Gastarbeiter klagen: Niemand will uns haben. In: *Kurier* (18. November 1971), S. 6.

¹⁷ *Ortwin Kirchmayr*: Der Kolaric-Effekt. In: *Kronen-Zeitung* (6. Februar 1972), S. 20 ff.

¹⁸ 1969 Höchststand der Fremdarbeiter. Von den 64.166 fremden Arbeitskräften stellten Jugoslawien und Türkei die meisten Kräfte. In: *Wiener Zeitung* (17. Jänner 1970), S. 2.

Stark abgegrenzt wurde aber offenbar bereits 1970 gegenüber Kriminellen, die durch den unkontrollierten Zuzug wie Trojanische Pferde ins Land kämen, etwa weil, wie die *Krone* meldete, „den Behörden [...] bekannt [sei], daß sich unter diesen Fremdarbeitern Leute befinden, die [...] Rauschgift in die Gastländer schmuggeln“.¹⁹ Das Rauschgift, um das es sich handelte, war Cannabis. Straftaten im Zusammenhang mit Eifersucht und Prostitution („Ihr Problem: Wenig Frauen“) wurden vermehrt im Diskurs registriert. Doch der *Kurier* fragte nach dem Mord eines Österreicherers an einem Türken auch: „[Die Wiener] sind nicht auf den Mörder böse, sondern auf das Opfer und seine Landsleute. Warum eigentlich?“²⁰ ArbeitsmigrantInnen als Opfer waren damals scheinbar mindestens ebenso oft Thema von Boulevardmeldungen wie wenn sie in Täterrolle auftauchten.²¹ Noch scheinen die Feindbilder ‚Jugendliche‘, ‚Kommunisten‘ und ‚Terroristen‘ wichtiger gewesen zu sein als ‚Ausländer‘.

Auch wenn punktuell versucht wurde, aus vereinzelt Straftaten eine Ausländerkriminalität zu konstruieren,²² oder wie in einer *Krone*-Kurzmeldung als „Balkankrieg“ zu skandalisieren, wurde aus dem Thema im Gegensatz zu den 1980er Jahren kein Bedrohungsszenario abgeleitet und es stand nicht im Zusammenhang zu einer Forderung nach Zuwanderungsstopp oder gar Massenausweisungen. Schlagzeilen wie „Die ausufernde Kriminalität macht strengere Asylgesetze notwendig“²³ aus dem Jahr 2005 gab es in den 70ern nach dem bisherigen Forschungsstand nicht. Hier stellt ein Artikel der *Krone* von 1970 eher die Ausnahme zur Regel dar, in dem die zweifelhaften Aussagen eines Gastwirts über dessen Auseinandersetzungen mit gewalttätigen ‚Fremdarbeitern‘ unhinterfragt übernommen und mit dem heute wohl bekannten Schlagwort vom ‚Missbrauch des Gastrechts‘ in Verbindung gebracht wurden – ein Türke hatte den Gastwirt wegen Körperverletzung angezeigt.²⁴ Andere Delikte wurden wesentlich nüchterner dargestellt. Noch 1978 veranlasste der Doppelmord eines jugoslawischen Hausbesorgers an einem Rentnerehepaar weder *Krone* noch *Kurier* zum Nachdenken über ein Bleiberecht.²⁵

In den 70ern waren die diskursiven Konstrukte ganz andere als heute. Die Frage der Notwendigkeit und des Nutzens der ArbeitsmigrantInnen, die in den Jahren zuvor als selbstverständlich dargestellt worden waren, wurde ab 1971 vermehrt angesprochen. Sowohl die Industrie als auch die Gemeinde Wien erklärten nun: „Wir brauchen die Gastarbeiter.“²⁶

Doch genau hier tat sich wie in der Einleitung bereits angedeutet ein harter Interessensgegensatz zwischen den Vertretern der Industrie und der Arbeitnehmer auf, der sich auch diskursiv und medial formulierte. Das Wiener Rathaus musste einen eigenen Weg in diesem Konflikt finden: als Unternehmer und Wirtschaftsstandort einerseits und als gewählte Vertreter einer ‚Arbeiterpartei‘ andererseits. Der eingangs dargestellte politische Kompromiss des Raab-Olah-Abkommens von 1962 steht in innerem Zusammenhang mit dem diskursiven Agieren der Wiener Sozialdemokraten. Einerseits vertrat man einen sozialen Stand-

¹⁹ Schmuggel aus der Türkei. In: *Kronen-Zeitung* (7. Jänner 1970), S. 6.

²⁰ *Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter (wie Anm. 13).

²¹ Überfall auf Gastarbeiter. In: *Kronen-Zeitung* (14. September 1970), S. 6; Mord an Türken: Noch keine Spur. In: *Kronen-Zeitung* (5. September 1970), S. 7.

²² Gewalttätige Fremdarbeiter mißbrauchten das Gastrecht. In: *Kronen-Zeitung* (11. Mai 1970), S. 5; *Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter (wie Anm. 13).

²³ *Krone* vom 25. Februar 2005, zit. n. *René Rusch*: Der „Ausländer“-Diskurs der *Kronen Zeitung* 2005. Gibt es einen „kronischen“ Rassismus? Dipl.-Arb. Universität Wien 2007, S. 159.

²⁴ Gewalttätige Fremdarbeiter (wie Anm. 22).

²⁵ Die *Krone* berichtete Ende März 1979 mehrfach über diesen Mordfall. Siehe auch: Hausmeister ist der Doppelmörder von Margareten. In: *Arbeiter-Zeitung* (31. März 1979), S. 5.

²⁶ Wir brauchen die Gastarbeiter (Auszug aus einem Artikel von Bgm. Slavik in der Zeitschrift ‚Arbeit und Wirtschaft‘, Nr. 10/71). In: Rathaus-Korrespondenz (25. Oktober 1971), S. 3045 ff.; *Peter Stiegnitz*: Die Gastarbeiter in der Wiener Wirtschaft. Der nützliche Gast. In: *Stadt Wien* 76 H. 14 (3. April 1971), S. 13 und 76 H. 15 (10. April 1971), S. 11.

punkt und forderte bessere Bedingungen, insbesondere Wohnbedingungen für die Gastarbeiter. Andererseits wurden Beschränkungen der Anwerbung und Kontrollen der illegalen Migration gefordert. Somit wurde einerseits der Klassensolidarität genüge getan, auch um die Standards aller Arbeiter im Lande nicht durch Lohndumping zu bedrohen, andererseits befriedigte man damit das nationale Element, also die Idee, die ‚österreichischen‘ Arbeiter zuerst vor Arbeitslosigkeit zu beschützen.

Am 21. Oktober 1973 fanden die Wiener Landtagswahlen statt. Das Thema ‚Gastarbeiter‘ scheint hier erstmals als Wahlkampfmunition eingesetzt worden zu sein. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der ausländerfeindliche Pressediskurs in Österreich von einer Pressekonzferenz im Wiener Rathaus im September 1973 und deren Veröffentlichung in der *Arbeiterzeitung* unter dem Titel „Der Plafond ist erreicht“ seinen Ausgang nahm.²⁷ Das Thema wurde dann auch auf Bundesebene eingesetzt. Die Freiheitlichen äußerten einerseits Genugtuung, dass ihren Forderungen hier entgegengekommen wurde („Kreisky für Gastarbeiterstopp“), andererseits beschwerte sich die *Neue Freie Zeitung*, dass der sozialistische Bundeskanzler der FPÖ damit ‚ihr‘ Thema streitig machte („Wahlmanöver um Gastarbeiter“).²⁸

In diesem Wahlkampf finden sich erstmals alle klassischen Elemente des ausländerfeindlichen Diskurses versammelt, wie er sich in den 80er und 90er Jahren etablieren sollte. Dies ist sichtbar an den Formulierungen, die eine Bedrohung suggerieren, unkontrollierbare Flüsse beschwören, und von ‚nicht Assimilierungswilligen‘ sprechen. Der Artikel in der *Arbeiter-Zeitung* betont, eine „stärkere Zuwanderung“ sei „aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr notwendig“, besonders aus Jugoslawien und Türkei. Die ausländerfeindliche Argumentation dient als Stütze zu diesem Argument, denn man stehe vor einer ähnlichen Situation wie 1910 als „rund 130.000 Menschen angaben, daß Deutsch nicht ihre Muttersprache ist oder sie nur mangelhaft deutsch sprechen“.²⁹ Und schließlich:

Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß mit dem Gastarbeiterstrom auch Leute ins Land kamen, die nicht die geringste Assimilationsfähigkeit zeigen. Ihre Zahl ist gering, durch ihre Lebensgewohnheiten und Umgangsformen erregen sie aber den meisten Ärger. Da es sich zudem meist um Analphabeten handelt, sind sie auch schwer beeinflussbar.³⁰

Im Vergleich dazu waren die Diskursäußerungen in der Krone von 1970 zum ‚Missbrauch des Gastrechts‘ eher Vorformen gewesen. Der neue Diskurs wurde durch Äußerungen über die Vorsorgemaßnahmen der Stadtverwaltung flankiert, welche die, wie betont wurde, von den Gastarbeitern unverschuldeten Wohnprobleme und Wohnkonzentrationen entschärft habe. So wird gleichzeitig die Kontrolle der Situation suggeriert und der Aufruf zum Gastarbeiterstopp begründet, im Spannungsfeld zwischen traditionellem magistratischem und gewerkschaftlichem Paternalismus und neuem sozialem Populismus: sowohl die ‚bemitleidenswerten‘ Gastarbeiter als auch die ‚heimischen Arbeitnehmer‘ werden in Schutz genommen und gleichzeitig werden Vorurteile gegen Fremde bedient. Dieser Diskurs breitete sich in den 70ern aber nicht wie in den 80er Jahren aus. Nur die FPÖ griff die Skandalisierung der nichtdokumentierten Migration und den Flutendiskurs auf. Die *Neue Freie Zeitung* titelte im September 1973: „Illegaler Gastarbeiterstrom“.³¹

²⁷ Alfred Kölbl: Gastarbeiter: Der Plafond ist erreicht. In: *Arbeiter-Zeitung* (22. September 1973), S. 3.

²⁸ Kreisky für Gastarbeiterstopp. In: *Neue Freie Zeitung* (1. September 1973), S. 1; Wahlmanöver um Gastarbeiter. In: *Neue Freie Zeitung* (1. September 1973), S. 6.

²⁹ Kölbl: Der Plafond ist erreicht (wie Anm. 27).

³⁰ *Ebenda*.

³¹ Illegaler Gastarbeiterstrom. In: *Neue Freie Zeitung* (8. September 1973), S. 6.

Der Diskurs stand, wie auch dieses Beispiel zeigt, in dieser Zeit noch unter starken sozialen Vorzeichen. Die ‚Andersartigkeit‘ der Gastarbeiter wurde immer wieder durch Merkmale charakterisiert, die dem bürgerlichen Lebensstil nicht entsprachen und in manchen Fällen ebenso gut auch gegenüber Jugendlichen und Studenten hätten zur Anwendung kommen können. So wird immer wieder auf das ungepflegte Äußere verwiesen, auf unrasierte Gesichter und schäbige Kleidung, nicht aber auf ethnische Merkmale.³² Nicht konform mit (klein-) bürgerlichen mitteleuropäischen Normen des Verhaltens und Aussehens zu gehen, wurde zu dieser Zeit noch als „exotisch dargestellt“:

Zugegeben, es ist für uns ein etwas ungewöhnlicher Anblick, eine derartige Ansammlung exotischer Gestalten auf einem Platz zu sehen. [...] Das Herumstehen an öffentlichen Plätzen macht den Südländern nichts aus. Sie sind es von zu Hause gewohnt.³³

Wie klassenabhängig wiederum diese Beurteilung war, macht ein Kommentar in der bürgerlichen *Presse* deutlich, wo gerade die bürgerlichen Tugenden der Gastarbeiter gelobt werden, nämlich deren Fleiß und ihr Wille zur harten Arbeit.³⁴ Die Sozialisten hätten schon früh die Vormundschaft der Gastarbeiter für sich in Anspruch genommen, argwöhnte dieser Artikel in der *Presse*. Mehr als um Klassensolidarität gehe es hier aber um die Sicherung künftiger Wähler durch Sozialprogramme und eine lockere Einbürgerungspraxis.³⁵

Der ‚Kolaric-Konsens‘

Es waren aber weder der ‚rote‘ noch der ‚schwarze‘ Paternalismus, noch der Populismus der Wiener Landtagswahlen von 1973, die in den Siebzigerjahren diskursbestimmend werden sollten, sondern der *Kolaric-Diskurs*. Schon in den Artikeln aus den ersten Jahren der 70er war immer wieder eine Figur aufgetaucht: das ‚böse Wiener Herz‘, mit anderen Worten der Rassismus der ‚Leute‘, etwas, das positiv mit ‚Sorgen der Bevölkerung‘ umschrieben wurde. Auch hier handelte es sich um eine Klassenperspektive, denn es wurde impliziert, dass gerade kleinbürgerliche und proletarische Schichten diesem nicht so ‚goldene Wiener Herz‘ besäßen. Immer wieder betonten Autoren, sie selbst seien nicht gegen Gastarbeiter eingestellt, doch ‚dem Wiener‘ sei ‚der Tschusch‘ ein „Dorn im Aug“. Es war also ein traditionelles Wien-Klischee, die Konstruktion ‚der missgünstige Wiener‘, die von allen beteiligten Seiten verwendet wurde, um die eigene Agenda diskursiv zu formulieren, wie in dem Südbahnhof-Artikel von 1970 (Bildunterschrift): „DIE WIENER mögen die Gastarbeiter nicht und nennen sie ‚Tschuschen‘. Besonders suspekt erscheinen sie ihnen, wenn sie in Scharen auftreten.“³⁶ ‚Kolaric‘ war die Gegenfigur dazu.

Die populistischen Versuche der SPÖ Ende 1973 waren dazu gedacht gewesen, dieser Vorstellung über die ‚Volksmeinung‘ nachzugeben. Mittelfristig erfolgreicher war eine Plakatkampagne der österreichischen Werbewirtschaft namens „Aktion Mitmensch“ im Jahr 1972, die erzieherisch auf das ‚schwarze Wiener Herz‘ einwirken sollte. Die Tatsache, dass es sich um eine Initiative der Wirtschaft handelte, ist bereits ein Hinweis darauf, dass es sich um eine Diskursproduktion in der Tradition des bürgerlich-industriellen Paternalismus der 60er Jahre handelte, in dessen Rahmen die Nützlichkeit der Gastarbeiter betont wurde. In Reaktion auf den Anfang der 70er immer aktivieren Diskurs über Ablehnung

³² *Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter (wie Anm. 13), S. 17; Wir brauchen die Gastarbeiter (Auszug aus einem Artikel von Bgm. Slavik in der Zeitschrift ‚Arbeit und Wirtschaft‘, Nr. 10/71). In: Rathaus-Korrespondenz (25. Oktober 1971), S. 3.045 ff.

³³ *Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter (wie Anm. 13), S. 17.

³⁴ *Wolfgang Oberleitner*: Genosse Kolaric. In: Die *Presse* (25. Februar 1972), S. 1.

³⁵ *Ebenda*.

³⁶ *Kallinger*: Hunderte Gastarbeiter (wie Anm. 13), S. 17.

gegenüber Gastarbeitern, wurde diese mit mehreren Argumenten als irrational dargestellt, die alle in dem Plakatmotiv mit dem kleinen Buben kristallisiert sind, der dem Arbeiter mit den großen Händen gegenübersteht und fragt, warum sie den gleichen Namen hätten, letzterer aber ausgegrenzt werde. Damit wird auf die gleichfalls slavische und arbeitsmigrantische Herkunft der meisten WienerInnen verwiesen (Argument der Nachnamen), auf humanistische Ideale der menschlichen Gleichheit (symbolisiert durch den kindlichen Blick) und auf die Nützlichkeit und den Fleiß der Gastarbeiter (große Hände).

Eine andere Werbung aus derselben Kampagne machte diese Argumentation wesentlich expliziter:

EIN MENSCH AUS JUGOSLAWIEN

[Mit Porträtfoto]

Mirko Ivancic.

26 Jahre alt. Geboren in Ulcinj.

Siebentes von 14 Kindern.

Vater Bauer. Mutter Bäuerin.

Von Kind an Arbeit gewohnt.

Kann schreiben und lesen.

Heiratet.

Hat einen Buben und zwei Mädchen.

Will ein Haus und Schafe

Oder eine Kuh.

Arbeitet in Österreich.

Am Bau.

Verdient 6.000,- mit Überstunden.

Zahlt für die Schlafstelle 750,-

ißt wenig. Trinkt nichts,

Raucht nichts. Legt das Geld

Auf eine Bank.

Trägt ein Photo seines Sohnes mit sich.

Auch auf dem Bau.

UNSER GAST DER GASTARBEITER³⁷

Alles, was den Kolaric-Diskurs ausmachte, ist hier angesprochen: Nützlichkeit und Kontrollierbarkeit, Ökonomie und Barmherzigkeit; Arbeitswille, Fleiß, Anstand, Enthaltbarkeit, Familiensinn, Sparsamkeit, Rückkehrwille. Und am Schluss noch einmal bekräftigend der Hinweis auf die Arbeitskraft (trägt das Bild seines Sohnes „auch am Bau“) sowie die Betonung des temporären Status: „unser Gast“.

Der Kolaric-Konsens war also im Grunde eine neue Variante der alten Paternalismen in Abwehr ausländerfeindlicher Diskursinterventionen im Stile der Wahlen im September 1973. Das neue Symbol aus der Plakatkampagne zog den gesamten Diskurs über ArbeitsmigrantInnen in seinen Bann. ‚Kolaric‘ wurde zum Synonym für ‚Gastarbeiter‘, und zur Metapher in zahllosen Zeitungsartikeln. Dadurch, dass die MigrantInnen nun einen Namen und ein Gesicht hatten, erlangten sie erstmals Subjektstatus in österreichischen Diskursen. Das heißt, sie wurden zu Subjekten in Narrationen, in denen ihnen erstmals aktive Prädikate zugeordnet wurde. Zwar waren sie noch immer in einer passiven Opferrolle, aber immerhin handelnde Personen. Nun waren sie nicht mehr nur ‚Gastarbeiter‘, deren Zahl sank oder stieg, sondern ‚Kolaric‘, der las, unter uns war, sich fragte „was nun?“ oder langsam akzeptiert wurde.³⁸

³⁷ Ein Mensch aus Jugoslawien (Anzeige). In: Arbeiter-Zeitung (4. April 1972), S. 4.

³⁸ Fritz Fabian: Die Kolaric sind unter uns. In: Volksstimme (6. Jänner 1973); Rudolf John: Kolaric liest Deutsch. In: Kurier (3. Jänner 1973), S. 7; Rainer Mayerhofer: Kolaric wird langsam akzeptiert.



Aus „Die Zukunft“ 3/72

Eine visuelle Repräsentation von 1972 aus einer Spielart des Kolaric-Diskurses: die Vorstellung von den missgünstigen ausländerfeindlichen Wienern, und der Diskurs über die historische ›Parallele‹ zum späten 19. Jahrhundert. Quelle: Franz Diwisch: Wir Tschuschen. In: Arbeiter-Zeitung (12. Februar 1972), S. v.

Eigentlich beruhte das Kolaric-Symbol auf einem schiefen Vergleich zwischen den jugoslawischen und türkischen ArbeitsmigrantInnen der 1960er und 70er Jahre und den tschechischen ArbeitsmigrantInnen des späten 19. Jahrhunderts zur Zeit des industriellen Booms. Die Implikation der Namensgleichheit zwischen Bub und Arbeiter auf dem Plakat war ja, dass die Wiener Bevölkerung Nachfahren der historischen tschechischen Arbeitsmigranten seien und deshalb die Probleme der gegenwärtigen ArbeitsmigrantInnen besonders gut verstehen können sollten. Der Vergleich zwischen diesen ‚Situationen‘ ist aber in mehrerer Hinsicht unhistorisch, vor allem weil der rechtliche Status von AusländerInnen im späten 20. Jahrhundert ein ganz anderer war als jener von böhmischen Zuwanderern,

Gastarbeiter: Als Arbeitskollegen anerkannt, als Nachbarn unerwünscht. In: Arbeiter-Zeitung (15. August 1976), S. 3; Krista Federspiel: Kolaric junior – was nun? In: Arbeiter-Zeitung/Journal (31. März 1979), S. 8-10.

die ja im späten 19. Jahrhundert österreichische Staatsbürger waren.³⁹ Immer wieder wurden auch zweifelhafte historische Interpretationen angeführt, wie etwa in einem Artikel von Franz Diwisch in der *Arbeiter-Zeitung*, der starke tschechische Zuzug im späten 19. Jahrhundert sei darauf zurückzuführen gewesen, dass Knechte und Mägde in den Alpenregionen an den Hof gebunden gewesen seien.⁴⁰

Nichtsdestoweniger wurde besonders das Spiel mit den Namen eine beliebte rhetorische Strategie, um zur Solidarität mit den ArbeitsmigrantInnen aufzurufen. So verwendete der Autor des eben zitierten Artikels „Wir Tschuschen“ anlässlich der Kolaric-Plakate, die „uns in letzter Zeit [...] daran erinnert [haben], daß die Großeltern der meisten Wiener auch ‚Tschuschen‘ waren, Gastarbeiter aus Italien und Bosnien und Ungarn und Galizien, Böhmen und Mähren“ nicht weniger als zwei Spalten für Betrachtungen über die Bedeutungen tschechischer Familiennamen in Wien, die in der Feststellung gipfeln, dass der Name des Bürgermeisters Felix Slavik übersetzt ‚Glückliche Nachtigall‘ bedeutet.⁴¹ Es ist auffällig, wie präsent slavische Sprachkenntnisse im damaligen Diskurs waren, sei es von tschechischstämmigen AutorInnen wie Diwisch oder von interessierten Zeitgenossen, von Autorinnen, die ihren Reportagen mittels Originalzitaten wie *ništa* (nichts) oder *Beč* (Wien) Authentizität verleihen wollten, oder aber im Zusammenhang mit Urlaubserfahrungen in Jugoslawien.⁴² So warb der Kurier 1973 für seine Auslandsausgabe in Tourismusregionen auf Serbokroatisch mit „Dajte mi Kurier!“. In manchen Fällen wurde sogar der namengebende Kolarič korrekt mit Haček geschrieben. Es gab also in den 1970er Jahren eine Strömung im Kolaric-Konsens, das Wir-Sie-Bild zu konterkarieren, wie es etwa in der Formulierung „unser Gast“ zum Ausdruck kam. Am radikalsten waren Formulierungen wie „Wir Tschuschen“, welche das Subjekt-Objekt-Verhältnis aufhoben. Mit Hintertreppen versehen waren Bilder nach dem Muster des Kolaric-Plakates, das ja in der Person des blonden Buben mit Lederhosen ein allgemeinmenschliches, aber auch ein Österreichisches Wir anbietet, welches sich der Vergangenheit des „Wir Tschuschen“ nicht verschließt.

Diese ganz andere Haltung gegenüber ‚Fremden‘ im allgemeinen und den GastarbeiterInnen im Speziellen, wie sie in den Diskursen der Sechziger- und Siebziger und teils auch noch der Achtzigerjahre zur Schau getragen wurde, dürfte ursächlich mit der politischen Situation der Teilung Europas entlang der Systemgrenzen zusammenhängen. Zwar waren die türkischen GastarbeiterInnen nicht aus einem ‚kommunistischen‘ Land, doch die jugoslawischen, welche in der Mehrzahl waren, sehr wohl. Matouschek, Wodak und Januschek wiesen 1995 auf die „mitleidige[n] Haltung gegenüber den vom ‚System‘ manipulierten und unterdrückten Bürgern“ im Sozialismus hin: „vielfach war es [als politisch-ideologi-

³⁹ Diesen und weitere wichtige Unterschiede habe ich herausgearbeitet in: *Wladimir Fischer*: ‚I haaß Vocolka – du haaßt Vocolka‘. Der Diskurs über die ‚Gastarbeiter‘ in den 1960er bis 1980er Jahren und der unhistorische Vergleich mit der Wiener Arbeitsmigration um 1900. In: *Martin Scheutz/Vlasta Valeš* (Hg.): Wien und seine WienerInnen. Ein historischer Streifzug durch Wien über die Jahrhunderte. Wien 2008, S. 327-354.

⁴⁰ Was Diwisch unerwähnt lässt, ist, dass auch aus Niederösterreich starker Zuzug nach Wien herrschte. Gemäß den Historikerinnen Margareth Lanzinger und Annemarie Steidl ist das aber eher auf das Fehlen einer Wandertradition zwischen den jeweiligen Orten zurückzuführen. Das andere Argument ist nicht falsch, nämlich, dass Knechte und Mägde kein Heiratsrecht hatten. *Margareth Lanzinger*: Das gesicherte Erbe. Heirat in lokalen und familialen Kontexten. Innichen 1700–1900. Wien [u. a.] 2003; *Annemarie Steidl*: Auf nach Wien! Die Mobilität des mitteleuropäischen Handwerks im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel der Haupt- und Residenzstadt Wien. Wien [u. a.] 2003. Vgl. den Sammelband *Margareth Lanzinger* (Hg.): Politiken der Verwandtschaft. Beziehungsnetze, Geschlecht und Recht. Göttingen 2007.

⁴¹ *Franz Diwisch*: Wir Tschuschen. In: *Arbeiter-Zeitung* (12. Februar 1972), S. V.

⁴² *Günther Allinger*: ‚Beč‘ hilft den Jugoslawen. Über einen Abend voller Probleme in der Gastarbeiterberatungsstelle Liesing. In: *Kurier* (25. Februar 1972), S. 9.

sche Handlung] schon ausreichend, aus der Sicht der westlichen Wohlstandsbürger Mitleid mit den Habenichtsen im Osten zu fühlen“.⁴³ Vor 1989 war nicht so sehr die Angst vor MigrantInnen vorherrschend, welche die Grenzen überschreiten könnten, da die Erfahrung des ‚Eisernen Vorhanges‘ vorherrschend war – Angstszenerien des ‚Grenzübertrittes‘ spielten damals eher im Diskurs über Spionage und die nukleare Bedrohung eine Rolle.⁴⁴

Der Kolaric-Diskurs bot Platz für eine ganze Bandbreite an Standpunkten und Haltungen, im Grunde nahm er die diskursiven Vorläufer integrativ in sich auf: vom bürgerlich-paternalistischen über den sozialistisch-gewerkschaftlich-paternalistischen bis zu einem (sowohl bürgerlichen als auch sozialistischen) politisch liberalen und linkssozialistischen bzw. kommunistischen Diskurs der Solidarität und Eigenbetroffenheit. Die letzteren wurden bisher nicht erwähnt, weil sie erst im Zuge des Kolaric-Konsenses Platz griffen. Je nach politisch-ideologischer Ausrichtung wurde mit Menschlichkeit oder Solidarität argumentiert, manchmal fielen diese Begriffe auch in eins. Das Solidaritätsargument in Reinkultur verwies auf die Dominanz des Klassenprinzips über das ethnisch-nationale und forderte die Führung der ‚Arbeiterbewegung‘ auf, das Proletariat nicht in ein österreichisches und ein migrantisches zu spalten. Doch auch linke Äußerungen griffen immer wieder auf einen Diskurs des Mitleids zurück. Gemeinsam war diesen Argumentationen, die Trennungslinien zu den ‚Gastarbeitern‘ argumentativ zu beseitigen, meist über den o. g. Umweg der tschechischen Vergangenheit der Wiener Arbeiterschaft.⁴⁵

Im Gegensatz zu den 1980er und 1990er Jahren scheint im ‚Dritten Lager‘ das Thema ‚Gastarbeiter‘ nicht vorrangig gewesen zu sein. Das soll nicht bedeuten, dass in den Organen der FPÖ damals kein rassistischer Diskurs geführt worden wäre, doch bezog sich dieser nach bisherigen Recherchen nicht auf die ArbeitsmigrantInnen aus dem Südosten, sondern es handelte sich um klassischen postkolonialen und postfaschistischen Rassismus wie etwa in einer Artikelserie des Nationalratsabgeordneten Otto Scrinzi über das „Unverstandene Südafrika“, in welchem er die „Bantus“ (es wurde sogar die damals in Südafrika gebräuchliche falsche Bezeichnung für schwarze AfrikanerInnen übernommen), als „soziales Problem“ darstellt.⁴⁶ Rassentrennung wird hier mit ungleicher „Wellenlänge“, also einem biologistischen Konzept unveränderlicher Unterschiede, gerechtfertigt, einem Kernbestandteil des Rassismus.⁴⁷ Die Verbindung eines hegemonialen Diskurses über MigrantInnen in Österreich mit solchem Gedankengut, wobei die Axiome des Rassismus stets neu übersetzt werden, sollte erst in den Achtzigerjahren im Zusammenhang mit der Skandalisierung afrikanischer Flüchtlinge stattfinden. Es erscheint logisch, dass Akteure, welche in den 70ern die Rassentrennung in Südafrika verteidigten, in den folgenden Jahrzehnten die Ankunft von „Bantus“ in Österreich als Problem ansehen mussten. Der zweite Ab-

⁴³ Bernd Matouschek/Ruth Wodak/Franz Janushek: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Wien 1995, S. 11.

⁴⁴ Siehe zu diesem Paradigmenwechsel im Diskurs auch Jürgen Link: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. In: kultuRRRevolution 1 (1982), S. 6-21.

⁴⁵ Michael Georg: Arbeiter oder auch Gast? Zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer in Österreich. In: Volksstimme (19. Dezember 1971); Franz Diwisch: Wir Tschuschen. In: Arbeiter-Zeitung (12. Februar 1972), S. V; Fritz Fabian: Die Kolaric sind unter uns. In: Volksstimme (6. Jänner 1973).

⁴⁶ Otto Scrinzi: Bantus ein soziales Problem. Unverstandenes Südafrika (III). Schwierige Anpassung an unsere Arbeitswelt. Weiß und Schwarz nicht auf gleicher Wellenlänge. In: Neue Freie Zeitung (25. August 1973), S. 12.

⁴⁷ Die angenommene Unabgleichbarkeit der postulierten diskriminierenden ethnischen oder rassischen Kategorien ist ein Hauptmerkmal von Rassismus und dient dazu, Determinierungen absolut und dauerhaft erscheinen zu lassen. Siehe Étienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hg.): Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin 1990; Brigitte Kossek (Hg.): GEGEN-RASSISMEN. Konstruktionen, Interaktionen, Interventionen. (Internationales Symposium, 14.-15. November 1997). Hamburg 1999.

schnitt wird einen Überblick geben, wie es dazu kommen konnte, dass diese rassistische Extremhaltung eine zentrale Position im Diskurs bekommen konnte.

Im Laufe der 1970er Jahre trat der Kolaric-Konsens in seine zweite Phase ein. Das Thema ‚Gastarbeiter‘ wurde weniger debattiert und langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass sich ein arbeitsmigrantisches Bevölkerungselement aus Südosteuropa in Österreich etabliert hatte. Hier war die Bezeichnung ‚Kolarics‘ eine willkommener Ersatz für das obsolet gewordene ‚Gastarbeiter‘, denn die Gäste waren zum großen Teil geblieben. Da der Diskurs und der Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt in Österreich den jugoslawischen und türkischen MigrantInnen wenig Bewegungsfreiheit erlaubten und auch sowohl von Seiten der Regime in Jugoslawien und Türkei und Österreichs eine politische Betätigung unerwünscht war und nicht zuletzt weil eine solche aus unterschiedlichen Gründen für wenige Betroffene selbst in Frage kam.⁴⁸ Die Titel der sporadischen Artikel zwischen 1976 und 1982 wie „Kolaric wird langsam akzeptiert“, „Gastarbeiterzahl sinkt weiter“, „Kolaric junior – was nun?“ oder „Jeder 17. Wiener ein Jugoslawe“ geben Aufschluss darüber, dass das Thema als abgehakt angesehen wurde, und dass der Kolaric-Konsens Teil eines Dispositivs geworden war, in dem die billige Arbeitskraft der anwesenden Fremden weiterhin genutzt, sie aber ansonsten ignoriert oder wie etwa in den Kottan-Filmen als pittoreskes Beiwerk abgetan wurden.⁴⁹

Die 1980er und 1990er Jahre: Ausländer, Asylanten, Schwarzafrikaner

Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt der *kulturellen* Wende im Diskurs über ArbeitsmigrantInnen sowie des beginnenden neo-rassistischen Diskurses in Österreich. Das Etikett ‚Gastarbeiter‘ wurde sukzessive aufgegeben und durch die diffuse Bezeichnung ‚Ausländer‘ ersetzt („Ausländer raus“). Es war das Ende des Kolaric-Konsenses.

Nach 1945 war der antisemitisch-rassistische Diskurs – wenn auch langsam – auch in Österreich im Auslaufen begriffen. Antisemitismus war nicht mehr konsensfähig. Antisemitismus war zwar, so wie der postkoloniale Rassismus, vorhanden und verbreitet, aber nicht zentral im Diskurs. Die 80er erlebten das Entstehen eines neuen Rassismus, der schnell den hegemonialen Diskurs bestimmen sollte und das bis heute tut. Der punktuelle ausländerfeindliche Diskurs der frühen 70er wurde aufgegriffen und wandelte sich in einen rassistischen Diskurs. Erst etablierte sich das Epitheton ‚Ausländer‘ im Laufe der 80er und wurde vermehrt mit ‚Kriminalität‘ in Verbindung gebracht.⁵⁰ Es folgte die Skandalisierung von Flüchtlingen als ‚Asylanten‘ und ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ und schließlich, im Zuge des Abbaus der osteuropäischen Grenzregime, die diskursive Verbindung von ‚Asyl‘ mit ‚Kri-

⁴⁸ Zu dieser Problematik siehe *Ljubomir Bratić*: Soziopolitische Netzwerke der MigrantInnen aus der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Österreich. In: *Heinz Fassmann/Irene Stacher* (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt/Celovec 2003, S. 395-409. Für türkische und kurdische AktivistInnen war die BRD das Hauptaktionsfeld und Österreich ein sicherer Rückzugsort. Die potenziellen VertreterInnen in den jugoslawischen Milieus konnten sich dem (geheimdienstlichen) Einfluss aus der Heimat schwer entziehen. Vgl. *Harald Waldrauch/Karin Sohler*: MigrantInnenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien. Frankfurt am Main-New York 2004.

⁴⁹ *Rainer Mayerhofer*: Kolaric wird langsam akzeptiert. Gastarbeiter: Als Arbeitskollegen anerkannt, als Nachbarn unerwünscht. In: *Arbeiter-Zeitung* (15. August 1976), S. 3; Gastarbeiterzahl sinkt weiter. Rund 7.000 weniger als im Vorjahr (Stand Juni 1979: 174.684). In: *Volksstimme* (3. Juli 1979), S. 2; *Krista Federspiel*: Kolaric junior – was nun? In: *Arbeiter-Zeitung/Journal* (31. März 1979), S. 8-10. Jeder 17. Wiener ein Jugoslawe. In: *Wiener Zeitung* (23. Juni 1982), S. 5.

⁵⁰ *Ljubomir Bratić* setzt übrigens die juristische und diskursive Umdefinierung in ‚Ausländer‘ bereits mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz von 1975 an, welches das Raab-Olah-Abkommen ablöste. *Bratić*: Diskurs und Ideologie (wie Anm. 1), S. 43 f.

Jahr	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1961	16.200	
1962	17.700	+ 9,3
1963	21.500	+ 21,5
1964	26.100	+ 21,4
1965	37.300	+ 42,9
1966	51.500	+ 38,1
1967	66.200	+ 28,5
1968	67.500	+ 2,0
1969	87.700	+ 29,9
1970	111.700	+ 27,4
1971	150.200	+ 34,5
1972	187.100	+ 24,5
1973	226.800	+ 21,2
1974	222.300	- 2,0
1975	191.000	- 14,1
1976	171.700	- 10,1
1977	188.900	+ 10,0
1978	176.700	- 6,4
1979	170.600	- 3,5
1980	174.700	+ 2,4
1981	171.800	- 1,7
1982	158.800	- 7,6

ZAHLE DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITSKRÄFTE IN ÖSTERREICH 1961-1982



Eine visuelle Repräsentation der Arbeitsmigranten von 1982 aus dem Übergang zum rassistischen Diskurs: brauchen wir diese vielen „Ausländer“ noch? Quelle: A. Hodoschek: *Gastarbeiter. Jeder zehnte schon ohne Job. Viele wollen nicht mehr nach Hause zurück*. In: *Kurier* (13. April 1982), S. 7.

minalität‘. Dieser Diskurs dauert bis heute an.⁵¹ Hinzugesellt hat sich diesen Bildern des bedrohlichen ‚Anderen‘ das diffuse Bild von ‚Muslimen‘ bzw. ‚Des Islam‘ und im Zuge dessen eine religiöse Note im kulturalistischen Diskurs über das Eigene und das Fremde. Während in den 60ern und 70ern das Interesse der Industrie an Arbeitskräften die Haltung der ‚Bürgerlichen‘ gegenüber ‚Gastarbeitern‘ diktiert hatte, begann sich die Volkspartei in den 80er Jahren, ebenfalls auf den populistischen Diskurs über ‚Ausländer‘, Arbeitsplätze und vor allem Kriminalität einzulassen und ist bis heute ein führender Akteur in diesem Diskurs.

In Großbritannien wurden bis in die 1970er Jahre häufig Personen noch immer als ‚immigrants‘ bezeichnet, obwohl sie bereits in der zweiten Generation im Lande geboren worden waren.⁵² Noch absurder verhält es sich aber in Österreich, wo solche Menschen im

⁵¹ Siehe René Rusch: *Der „Ausländer“-Diskurs der Kronen Zeitung 2005. Gibt es einen „kronischen“ Rassismus?* Univ. Dipl.-Arb. Universität Wien 2007.

⁵² D. Mason: *The Concept of Ethnic Minority. Conceptual Dilemmas and Policy Implications*. In: *Innovation* 4 (1991). H. 2, zit. n. Heinz Rögl: *Multikulturalität. Ein Programm der Ethnisierung*. In:

Pressediskurs bis in die Neunzigerjahre und in der *Krone* noch heute nicht einmal als Zuwanderer, sondern als ‚Ausländer‘ bezeichnet werden. Der Übergang von ‚Gastarbeiter‘ zu ‚Ausländer‘ statt ‚Zuwanderer‘ (immigrants), wie im Vereinigten Königreich im Sprachgebrauch der österreichischen Diskurse in den 80er Jahren bedeutete, dass MigrantInnen, ungeachtet ihres Status, dauerhaft ausgegrenzt und diskriminiert wurden, als *per se* Nicht-Eigene definiert wurden. Das wäre ohne den kulturellen Paradigmenwechsel nicht möglich gewesen, denn wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, implizierte der paternalistische und sozial und politisch definierte Konsens der 70er und auch sein Vorläuferdiskurs die Möglichkeit der ‚Assimilation‘ an das (bürgerliche oder sozialistische) Eigene.

In den Neunzigerjahren wird nicht nur die Bezeichnung ‚Gastarbeiter‘ aufgegeben, auch werden die klassischen südosteuropäischen ArbeitsmigrantInnen selbst weniger diskursiv behandelt als andere MigrantInnen. Die ‚Gastarbeiter‘ werden im Diskurs vor allem durch solche MigrantInnen abgelöst, die sich (vermeintlich) kulturell und phänotypisch vom angenommen ‚Normalen‘ besonders stark unterscheiden: Schwarze und Muslime. Diese werden zu Symbolfiguren des ‚Anderen‘ schlechthin und damit zur Zielscheibe der mehr oder weniger aggressiven Abgrenzungsdiskurse in Österreich.

Angefangen hatte dieser, nunmehr als ‚ausländerfeindlich‘ bezeichnete Diskurs (eine Definition, die bewusst den Begriff Rassismus vermied), mit der Erkenntnis, dass auch ‚Gastarbeiter‘ arbeitslos werden konnten und dass ihre Kinder, die in den 80er Jahren zu entdeckende ‚Zweite Generation‘, im Schulsystem angekommen waren.⁵³ Die Umbenennung in ‚Ausländer‘ war eine der Antworten auf die Herausforderungen durch die Anwesenheit von ArbeitsmigrantInnen in Österreich vor der Wende von 1989. Dies wird in Zeitungsartikeln deutlich, die das bereits vergessen geglaubte Phänomen der ‚Gastarbeiter‘ und des ‚Kolaric‘ wieder aufgriffen.⁵⁴ Ein frühes Beispiel des Überflutungsdiskurses war ein Bericht über MigrantInnen in der Schule in der *Presse* im Jahre 1982. Der an sich informative Beitrag ist mit einschlägigem Titel und Einleitung versehen: „Zahl der Gastarbeiter sprunghaft gestiegen. Mehr als 10.000 Türken gehen in Österreich zur Schule: Wien. Die Zahl der Türkinkinder steigt sprunghaft an. Hohe Geburtenraten und verstärkte Familienzusammenführung finden in der Schülerstatistik ihren Niederschlag.“⁵⁵ Verstärkt wurde der angebliche Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt durch die ‚Gastarbeiter‘ oder ‚Ausländer‘ thematisiert.⁵⁶

Die kulturelle Diskurswende in den Achtzigerjahren bedeutete vor allem eine Ethnisierung des Diskurses über MigrantInnen. Schlüsselmoment ist der Übergang von der Konstruktion des sozial und politisch Anderen zu einem Anderen in kulturellem Sinne. Nicht mehr der nachlässig gekleidete und unrasierte ‚Gastarbeiter‘ wurde konstruiert, sondern der Hammel grillende und ‚weißen‘ Frauen nachstellende ‚Ausländer‘ mit seinen Kopftuch tragenden Frauen: statt nunmehr altmodischen Signalen von Klassenzugehörigkeit wurden ethnisch kodierte kulturelle Praktiken zum Symbol des ‚Anderen‘. Diese Entwick-

Karl S. Althaler/Andrea Hohenwarter (Hg.): Torschluss. Wanderungsbewegungen und Politik in Europa. Wien 1992, S. 228-236.

⁵³ Sonderschule. Abstellgleis für ausländische Kinder? (Kolaric heute. Aus dem Leben der Gastarbeiter Teil 3). In: Arbeiter-Zeitung (11. November 1987), S. 5; A. Hodoschek: Gastarbeiter. Jeder zehnte schon ohne Job. Viele wollen nicht mehr nach Hause zurück. In: Kurier (13. April 1982), S. 7.

⁵⁴ Kolaric heute. Aus dem Leben der Gastarbeiter (Artikelserie). In: Arbeiter-Zeitung (10. November 1987), S. 10; Gastarbeiter kommen ‚nach Bedarf‘. Immer weniger werden eingebürgert. In: Die Presse (5. April 1985), S. 7; Jeder 17. Wiener ein Jugoslawe. In: Wiener Zeitung (23. Juni 1982), S. 5.

⁵⁵ Helga Maria Wolf: Zahl der Gastarbeiterkinder sprunghaft gestiegen. Mehr als 10.000 Türken gehen in Österreich zur Schule. In: Die Presse (23. April 1982), S. 9

⁵⁶ Ein Presse-Artikel reagierte auf diesen Diskurs: Dieter Lenhardt: Tief und schuldlos im Dilemma. Die Mär von den vorweggenommenen Arbeitsplätzen und andere Vorurteile gegen Gastarbeiter. In: Die Presse (30. Dezember 1987), S. 3.

lung stand wie bereits erwähnt mit dem Abdanken des ‚Kommunismus‘ und dem Verlust der entsprechenden Feindbilder ebenso im Zusammenhang wie mit dem Aufkommen kulturell definierter Feindbilder im Zusammenhang mit der zweiten Ölkrise und der Revolution im Iran im Jahr 1979 (Symbol der Turbane und Bärte).⁵⁷ Die Kulturalisierung des Diskurses bedeutete einerseits also eine Hinwendung zu kulturell definierten Feindbildern, andererseits aber auch das Entstehen eines neuen, kulturell argumentierenden Paternalismus, der nach wie vor unter dem Etikett ‚Multikulturalismus‘ bekannt ist.

Die ‚Multikulturalität‘ wurde in den 1980er Jahren in der BRD und im Gefolge auch in Österreich von verschiedenen Seiten propagiert und steht ebenfalls in Zusammenhang mit der Ethnisierung von Kategorien im öffentlichen Diskurs. Das Konzept steht in Konkurrenz zum Paradigma der Antidiskriminierungspolitik bzw. des Antirassismus, die in Österreich in den späten 90er Jahren erhöhte Publizität erhielten.⁵⁸

Soziale Ängste bzgl. der neuen Migrationsbewegungen aus dem Osten waren bereits seit Beginn des Jahres 1988 ein Themenschwerpunkt des öffentlichen Diskurses. [...] Beschränkte sich diese Form der Fremdenfeindlichkeit [Vorurteilsäußerungen zum Thema Ausländerkriminalität] zunächst auf den Verweis vermehrter Ladendiebstähle in Wien und Umgebung im Herbst 1989, so eskalierte diese negative Haltung schon bald und wurde mit Themen einer allgemeinen Bedrohung von Ruhe und Ordnung bzw. einer Bedrohung der Sicherheit von Frauen und Kindern verknüpft.⁵⁹

Die zentrale Phase des neuen rassistischen Diskurses war 1989 und in den Jahren danach. Durch eine Kampagne der *Kronen-Zeitung* im Sommer 1989 kam es zu einer festen und dauerhaften Junktimierung von Fremdheit und Verbrechen, die bis heute in verschiedenen Varianten im Diskurs in Österreich aufrecht erhalten wird und das Kernelement des rassistischen Diskurses bildet. Matouschek, Wodak und Januschek verorten einen grundlegenden Diskurswandel Ende der 80er Jahre mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegenüber rumänischen MigrantInnen im öffentlichen Diskurs in Österreich.⁶⁰ Die *Kärntner Krone* titelte am 6. August des ‚Wendjahres‘: „Kriminaltouristen stürmen Österreich“.⁶¹ So genanntes ‚südländisches‘ Aussehen genüge in diesem Diskurs in vielen Fällen für Tatverdächtigung in der Presse. Die systematische Hervorhebung von ‚ausländischen‘ Straftätern war dabei die diskursive Hauptstrategie.⁶² Dieser Diskurs hat sich seither fortgesetzt. Im Laufe der 90er Jahre traten dann verstärkt die Skandalisierung von Flüchtlingen und die systematischen Krone-Kampagnen gegen Schwarze hinzu. Die Analysen des *Krone*-Diskurses aus den 90er Jahren wurden für das gegenwärtige Jahrzehnt als weiterhin zutreffend befunden.⁶³ Diese hatten ergeben, dass die Ablehnung von ‚Ausländern‘ ständig durch Skandalisierung des Fremden und durch Angsterzeugung gefördert wird. Eine Analyse des *Krone*-Jahrgangs 2005 kommt wiederum zu dem Schluss, dass „das ‚Merkmal Fremdheit‘ negativ aufgeladen wird und und ‚kriminelle, gefährliche Ausländer‘ systematisch herausgestrichen werden; nach der Herausarbeitung des gezielten Agenda-Settings, welches betrieben wird um straffällige ‚Ausländer‘ und ‚Asylanten‘ zum Thema zu machen; und angesichts der Leserbriefseiten, in denen rassistischen Argumentationen ein Forum gegeben wird – kann die Frage nach der Existenz eines kronischen Rassismus mit ‚Ja‘

⁵⁷ Siehe dazu wiederum *Link*: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse (wie Anm. 44).

⁵⁸ *Rögl*: Multikulturalität (wie Anm. 52), S. 228 f. und 232.

⁵⁹ *Bernd Matouschek/Ruth Wodak/Franz Januschek*: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Wien 1995, S. 25 f.

⁶⁰ *Ebenda*, S. 13.

⁶¹ *Ingeborg Eder*: „Es dürfte sich um einen Ausländer handeln“. Eine Untersuchung der Kriminalberichterstattung der „Kärntner Krone“ unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Täter und Tatverdächtiger. Dipl.-Arb. Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt 1993, S. 66.

⁶² *Ebenda*: S. 97.

⁶³ *Ebenda*: S. 61.

beantwortet werden.⁶⁴ ‚Asyl‘ war im Politikteil der *Krone* bezüglich dem Oberthema ‚Ausländer‘ 2005 Thema Nr. 1. Seit über einem Jahrzehnt wird also in Österreichs meist gelese- nener Zeitung das untergeordnete Spezialthema der Flüchtlinge systematisch mit Kriminali- tät, Missbrauch und Forderungen nach Gesetzesverschärfungen verbunden, die dann auch in regelmäßigen Abständen von allen InnenministerInnen befolgt werden.

Die häufigste Technik in diesem rassistischen Diskurs ist wie erwähnt die Praxis der Nennung der Herkunft von (vermeintlichen) Delinquenten (Türke, Schwarzafrikaner, Wie- ner), die eigentlich irrelevant ist, und bevorzugt bei ‚Fremden‘ vorgenommen wird. Deren Verbrechen werden aufgebauscht oder gar nur suggeriert. Eine kleine Sammlung an Schlag- zeilen der *Krone* 2005 gibt lebhaften Aufschluss:

- „Strengere Regeln für Asylanten um nicht Zielland Nr. 1 zu werden“ (5.11.04)
- „Wirbel um kriminelle Asylanten“ (25.11.04)
- „Afrikaner stach auf Ärztin ein“ (10.2.05)
- „Die ausufernde Kriminalität macht strengere Asylgesetze notwendig“ (25.2.05, S. 2)
- „Türke drohte, ‚alle‘ zu töten“ (23.9.05).⁶⁵

Im Gemeinderatswahlkampf 1991 trat die FPÖ mit dem Slogan „Wien darf nicht Chicago werden!“ an und spielte damit auf den Ausländerkriminalitätsdiskurs an. Ein Jahr später wurde das ‚Österreich zuerst‘-Volksbegehren lanciert.⁶⁶ Im Nationalratswahlkampf 1999 verwendete die FPÖ zwei Plakate, auf denen „Wir garantieren: Stopp der Überfremdung! Österreich zuerst!“ bzw. „Wir garantieren: Stopp dem Asylmissbrauch! Österreich zuerst!“ zu lesen war. Es entwickelte sich ein Diskurs in einem dynamischen Einflussdreieck: rassi- stischer Diskurs, ausländerfeindliche Wahlkampagnen der FPÖ, Eingehen der etablierten Parteien auf diese Themen (Sicherheit, Asylmissbrauch, Schlepper, Kontingentierung, Ab- schiebung), daraus resultierend wieder rassistischer Diskurs undsoweiter. Das Spiel der FPÖ mit der gezielten Provokation im Diskurs funktionierte während der gesamten 90er Jahre und tut es wieder. 2005 plakatierte die FPÖ „Wien darf nicht Istanbul werden“.⁶⁷

Die Verwendung negativer Stereotype gegen die ‚Anderen‘ nach 1989 und seit dem Sep- tember 2001 ist nicht auf Rechtspopulisten und die *Kronen-Zeitung* beschränkt. Laut einer Arbeit über die österreichische Tagespresse von 2004/5 standen in der Tageszeitung *Die Presse* in diesem Zeitraum „bei der Verwendung von Stereotypen zwei betroffene Gruppen im Mittelpunkt: Muslime bzw. der Islam als Religion [...] sowie kriminelle Asylwerber und solche, die das Asylrecht ‚missbrauchen““.⁶⁸ Muslime werden mit Gewalttätigkeit, Rück- ständigkeit, Überfremdung in Verbindung gebracht, Drogenhandel mit Afrikanern.⁶⁹ Der Unterscheid zwischen der Qualitäts- und der Boulevardzeitung besteht nach Mathilde Fixl in der unterschiedlichen Massivität und im Kampagnencharakter der ‚argumentativen Strategi- en der Gewalt‘ in der *Krone*.⁷⁰

⁶⁴ *Rusch*: Der „Ausländer“-Diskurs (wie Anm. 51), S. 145.

⁶⁵ *Ebenda*: S. 75-76. Eine Genauere Untersuchung der Kriminalstatistik relativiert das Bild der Ver- wicklung von ‚Schwarzafrikanern‘ in Drogenkriminalität übrigens stark. *Patricia Birungi*: Rassis- mus in Medien. Jean Baudrillards „Das Bild geht dem Realen voraus“ oder wie die Konstruktion von Rasse und Image unsere Sicht- und Denkweise beeinflusst. Frankfurt am Main u. a. 2007, S. 138 f.

⁶⁶ Siehe dazu *Matouschek u. a.*: Notwendige Maßnahmen? (wie Anm. 60), S. 29-32.

⁶⁷ Bilder der Plakate und Analysen dazu finden sich auf der Homepage des Demokratiezentrum Wien. <<http://www.demokratiezentrum.org>>

⁶⁸ *Mathilde Fixl*: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der österreichischen Tagespresse untersucht an „Die neue Kronenzeitung“, „Die Presse“ und „Salzburger Nachrichten“. Univ. Dipl.-Arb. Univer- sität Wien 2006, S. 75.

⁶⁹ *Ebenda*: S. 76 f.

⁷⁰ *Ebenda*: S. 135.

Ausblick

2001 kommt der Durchbruch des neuen Feindbildes ‚Islam‘ im ‚Trittbretverfahren‘ mit dem US-Diskurs zu den Attentaten vom 11. September. Die ‚Kopftuchdebatte‘ erreichte am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Millenniums nach langer Verzögerung auch Österreich. Doch fassen sowohl dieses Thema als auch der islamophobe Diskurs in Österreich bisher nie so Fuß wie in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, und Dänemark. Die Rechtslage begünstigt im Gegensatz zu Frankreich eher die Selbstdarstellung religiöser Gruppen auch im Bildungsbereich. Im Unterschied zu deutschen Bundesländern wie Baden-Württemberg ist in Österreich auch keine Privilegierung katholischer Schleier über muslimische möglich. Auch lassen sich Spitzenpolitiker hierzulande nicht, wie in Großbritannien der Labour-Klubchef Jack Straw im Oktober 2006, herbei, populistisch über die Bekleidung von Frauen zu sprechen.⁷¹ Dennoch lassen die diskursiven Entwicklungen der letzten Jahre darauf schließen, dass Islamophobie ein neues Kernthema der Rechtspopulisten bleiben dürfte.

Bei all diesen Diffamierungen in den Diskursen über ‚Ausländer‘ sind die MigrantInnen in Wien und Österreich auffällig still geblieben, besonders jene, die den klassischen ArbeitsmigrantInnen aus Südosteuropa und ihren Nachkommen zugerechnet werden können. Der Diskurs findet ohne die ‚Tschuschen‘ statt. Diese sind, wie erwähnt, aus vielfältigen historisch-politischen Gründen auffällig unauffällig geblieben.⁷² Es kommt hinzu, dass, wie am Anfang dieses Abschnittes angemerkt, diese MigrantInnen nicht mehr die Hauptsymbolfiguren des rassistischen Diskurses sind. Die Zeiten von ‚Der Milan an deiner Maschine und der Ali auf deiner Christine‘ (Neonazi-Propaganda aus den 80ern) sind vorbei. Die Kopftuch tragende Frau ist statt dem schnauzbärtigen ruralen ‚Südländer‘ zur Ikone des Fremden geworden. Außerdem gibt es die neue Entwicklung, dass gerade ex-jugoslawische MigrantInnen von den Rechtspopulisten angesprochen werden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit islamophoben Stereotypen. So trägt etwa der Spitzenkandidat der FPÖ auf seinen Plakaten deutlich sichtbar eine serbische *brojanica* (ein Perlenarmband) und hebt zum Zweck der besseren Sichtbarkeit auf diesen Photos immer den rechten Arm. Der rassistische Diskurs der 80er hat somit ausgedient.

Freilich hat es auch Gegentendenzen zum rassistischen Diskurs gegeben. Am besten erinnern sich die Massenmobilisierungen von 1992 und 1999, gegen das ‚Ausländervolksbegehren‘ (Österreich zuerst) und gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Kabinett Schüssel. Es gab auch immer wieder breite humanistische Kampagnen: ‚Wir helfen Kurden‘ (1990), ‚Nachbar in Not‘ (1991ff.), sowie die ‚Arigona‘-Kampagne der neuen Tageszeitung *Österreich* (2007). Der Diskurs ist in vielen Medien differenzierter als in der *Kronen-Zeitung*. So bezeichnen Matouschek, Wodak und Januschek die Berichterstattung des *Standard* sogar teilweise als Antidiskurs zum rassistischen.⁷³ Andere Medien wie der Wiener *Falter* haben sich hingegen bewusst auf die Titelthemen ‚Islamismus‘ und ‚kriminelle Afrikaner‘ eingelassen. Der Diskurs über ‚Fremde‘ und ‚Islam‘ ist aber dennoch hegemonial, ebenso jener über ‚Illegale‘, ‚Kriminalität‘ und ‚Abschiebung‘. Das unterscheidet unsere Zeit diskursiv stark von den 1960er und 1970er Jahren.

Indessen gibt es aber noch andere Entwicklungen, die eine qualitative Veränderung andeuten. So drängt die dritte Generation der ArbeitsmigrantInnen langsam ans Licht der Öffentlichkeit. Es entstehen Allianzen mit anderen migrantischen Gruppen und Minderheiten. Schrille

⁷¹ Siehe etwa James Sturcke: Straw: I'd rather no one wore veils. In: *The Guardian* (6. Oktober 2006), S. 1.

⁷² Siehe Wladimir Fischer: Prominently Absent. Problems of ‚Ex-Yugoslav‘ Migrants' Representation in Vienna. Vortrag an der 8th International Metropolis Conference in Wien, 16. September 2003, erhältlich auf <www.civmig.balkanissimo.net>. Siehe auch Wladimir Fischer: Migrant Voices in the Contemporary History of Vienna. The Case of Ex-Yugoslavs. In: Cynthia Brown/Richard G. Rodger (Hg.): *Constructing Urban Memories: The Role of Oral Testimony*. Aldershot 2007, S. 231-250.

⁷³ Matouschek u. a.: Notwendige Maßnahmen? (wie Anm. 60).

Auftritte sorgen seit den Demonstrationen von 2000 für vermehrte Sichtbarkeit von autonomen migrantischen Subjekten⁷⁴. Balkanmusik hat, in verschiedenen Genrevarianten, den Sprung über die migrantischen Ghattogrenzen hinweg geschafft, nicht zuletzt über die schwule und lesbische Subkultur. Das Jugendmagazin *Biber* erreicht mit Artikeln und Bildstreifen, die sich explizit an migrantische Jugendliche und Themen der Transkulturation und Differenz selbstbewusst und teils ironisch aufgreifen, an breite migrantische Schichten. Auch TV-Sendungen auf den neuen Wiener Privatsendern wie *unkürrekt* und *Ex-YU in Wien* dürften erste Anzeichen einer Subjektwerdung von ArbeitsmigrantInnen auch über ethnische Grenzen hinweg sein. Bisher sind, wie oben erwähnt, erst die Rechtspopulisten ostentativ und öffentlichkeitswirksam auf diese Subjektivierung eingegangen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der hegemoniale Diskurs in Österreich von dieser neuen Generation beeinflussen lässt.

Resümee

Die 1960/1970er Jahre waren die Periode des paternalistischen Diskurses über ArbeitsmigrantInnen unter dem Etikett ‚Gastarbeiter‘, anfänglich als nützliche disponible Ersatzkräfte. Die entscheidende Periode lag in der Mitte, von 1970 bis 1973, als die ‚Ausländerfeindlichkeit‘ entdeckt wurde und die Rücksendepolitik scheiterte. Trotz einzelner Versuche von SPÖ und FPÖ, das Thema für Wahlkämpfe zu verwenden, setzte sich der ‚Kolaric-Konsens‘ durch, der ebenfalls paternalistisch die MigrantInnen als Subjekte und Opfer darstellte. Dieser Diskurs wurde in den 80er/90er Jahren im Kontext der Auflösung der sozialistischen Systeme, vom rassistischen Diskurs über ‚Ausländer‘ und ‚Asylanten‘ abgelöst. Hier lag die entscheidende Phase um 1989/90, seit welcher in österreichischen Diskursen systematisch Fremde mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden. In den 90er Jahren kam das Kriterium der Hautfarbe hinzu und wurde mit der Skandalisierung des ‚Asyls‘ verknüpft. So genannte SchwarzafrikanerInnen wurden zum Anderen schlechthin und zum Träger des ‚Kriminellen‘ konstruiert. Der September 2001 brachte die ‚Religiosifizierung‘ der Fremdheitskonstruktionen, und durch diese Brille werden seitdem auch ArbeitsmigrantInnen diskursiviert und skandalisiert. Die Rolle der zahlenmäßig in der Minderheit befindlichen Muslime wird stark überbewertet. Andererseits werden MigrantInnen aus Südosteuropa heute weniger thematisiert. Strukturell unterscheiden sich die Diskurse der 1960/1970er und 1980er/1990er Jahre durch einen Übergang von soziokulturellen zu ethnokulturellen Abgrenzungen: die Achtzigerjahre erlebten eine kulturalistische Wende im Diskurs über das Andere. Begrifflich stand damit die Ersetzung von ‚Gastarbeiter‘ durch ‚Ausländer‘ und schließlich ‚Schwarzafrikaner‘ und ‚Islam‘ in Verbindung.

Festgehalten werden muss, dass es sich um einen Diskurs der Eliten handelt (Journalisten, Politiker, Experten...). Sie sind die ProduzentInnen dieses Diskurses. Die ‚Volksmeinung‘ wird jeweils als Argument für eigene Standpunkte verwendet. Der Vergleich der beiden Jahrzehnte zeigt aber unter anderem, dass die diskursivierten Standpunkte aber auf den verbreiteten Rassismus im Alltag ganz unterschiedlich reagieren können. Freilich bedeutet der Übergang zum globalen Kapitalismus und zur postfordistischen Produktionsweise ganz andere Rahmenbedingungen. Dass dieser sich aber der Diskurs der Eliten nicht unbedingt nach der ‚Volksmeinung‘ richten muss zeigt nicht nur das Beispiel des Kolaric-Konsenses der 70er Jahre, sondern auch der postsozialistischen Bundesrepublik Deutschland, wo in den 90ern die verbreitete Ablehnung gegenüber den Ostdeutschen im ‚nationalen Interesse‘ in den Medien erfolgreich ignoriert bzw. gerügt wurde. Diese kleine Diskursgeschichte lehrt: es geht auch anders.

⁷⁴ Siehe beispielsweise das ‚Ottakringer Manifest‘ der Gruppe ‚Tschuschenpower‘, dokumentiert in der Dokumentationssammlung zur neueren linken Geschichte der deutschsprachigen Länder des *International Institute of Social History*, erhältlich auf <<http://www2.iisg.nl/id/Systematik.asp?cat=3&id=3567>>.